



## **JAHRESBERICHT 2002/2003**

**Verein der  
Bayerischen  
Chemischen  
Industrie e. V.  
VBCI**

**Verband der  
Chemischen  
Industrie e. V.  
Landesverband  
Bayern**

Innstraße 15, 81679 München  
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33  
VBCI@Chemie-KVI-Bayern.de, VCI@LV-Bayern.VCI.de  
[www.die-bayerische-chemie.de](http://www.die-bayerische-chemie.de)

Die Chemie war der erste große industrielle Bereich, der im Mai einen Abschluss erzielte. Die Tarifsozialpartner bewegten sich aber nicht im freien Raum, sondern begannen ihre Verhandlungen in einem Umfeld, das durch Abschlüsse in den Bereichen Metall, Bau und Öffentlicher Dienst geprägt war. Für die Metall- und Elektroindustrie erfolgte ab Juni 2003 eine Anhebung der Entgelte um 3,1 Prozent, für den Krisenbereich Bau wurden die Entgelte ab 1. April 2003 um 2,4 Prozent erhöht. Für beide Branchen waren diese Entgeltanhebungen schon 2002 in Stufenplänen festgelegt. Und im Januar 2003 hatte man sich im Öffentlichen Dienst darauf verständigt, dass mit Beginn des laufenden Jahres die Entgelte um 2,4 Prozent erhöht werden, ab Januar 2004 und Mai 2004 greift dann eine weitere Anhebung um jeweils 1 Prozent.

In der Chemie wurde vereinbart, dass alle Arbeitnehmer im ersten Monat 40 Euro erhalten, Auszubildende 10 Euro. Für die folgenden 12 Monate werden die Entgelte um 2,6 Prozent erhöht. Der Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ beinhaltet eine Verpflichtung zur Steigerung des Lehrstellen-Angebots entsprechend dem Anstieg der Zahl der Schulabgänger bis 2007. Ein umfassendes Maßnahmenbündel zur Sicherung und Schaffung von Ausbildungsplätzen in der chemischen Industrie ist in das Ergebnisprotokoll mit aufgenommen worden. Neu ist ein Tarifvertrag zur Qualifizierung, der einen Rahmen für die Unternehmen und die Betriebsräte für freiwillige Betriebsvereinbarungen darstellt. Insbesondere wird die tarifliche Qualifizierung definiert als alle betriebsbezogenen und individuellen beruflichen Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. In einer Qualifizierungsvereinbarung sind die Kostentragung des Arbeitgebers und der Eigenbeitrag des Arbeitnehmers angemessen festzulegen. Eine Ergänzung des Manteltarifvertrages ermöglicht, durch eine freiwillige Betriebsvereinbarung Langzeitkonten zu installieren, die für Qualifizierung, Sabbat-Zeiträume oder für eine Freistellungsphase vor der Pensionierung herangezogen werden können. Die Langzeitkonten werden vom Betrieb gegen Insolvenz gesichert und sind bei einem Wechsel des Arbeitgebers übertragbar, soweit der neue Arbeitgeber dem zustimmt. Festgelegt ist auch, aus welchen tariflichen Ansprüchen Langzeitkonten gebildet werden können – dabei besteht auch die Möglichkeit, die über die gesetzlichen Urlaubstage hinausgehenden tariflichen Urlaubstage in das Langzeitkonto einzubringen.

Das Abkommen über die stufenweise Erhöhung der Ausbildungsplätze bis 2007 ist ein Novum in der deutschen Tariflandschaft, da die Selbstverpflichtung sich konkret an den Prognosen der Kultusminister orientiert, die in der ersten Stufe im laufenden Jahr 1,7 Prozent mehr an Schulabgängern erwarten. Diese Tarifregelung soll auch ein Signal für andere Bereiche sein, das Problem fehlender Lehrstellen in der jeweils eigenen Branche zu lösen.

Innovativ ist der Qualifizierungstarifvertrag, da er die Entscheidung über eine entsprechende Betriebsvereinbarung den Parteien vor Ort überlässt und damit keine Verpflichtung für alle Unternehmen ohne Differenzierung nach sich zieht. Die Inhalte einer Betriebsvereinbarung werden im Detail vorgegeben und zeitraubende Verhandlungen in den Firmen vermieden.

Die schon seit langem eingeleitete Modernisierung des Flächentarifvertrages durch Öffnungsklauseln und optionale Gestaltungslösungen wurde mit dem Gesamtpaket 2003 fortgeführt.

## Zukunft der Tarifautonomie

---

Der Flächentarifvertrag ist im vergangenen Jahrzehnt immer wieder kritisch beurteilt worden – im Jahr 2003 ist allerdings eine besondere Brisanz erreicht, die Fernwirkung haben wird. Verursacher dieser Entwicklung sind die handelnden Personen der IG Metall und von ver.di.

Während in allen Bereichen auf sämtlichen Ebenen diskutiert wird, wie der Industriestandort Deutschland trotz hoher Kosten wieder wettbewerbsfähiger werden kann, fällt die IG Metall in den Klassenkampf zurück. Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metallindustrie ist unverantwortlich, arbeitsplatzvernichtend und investitionsschädigend.

Peters als wahrscheinlicher Nachfolger von Zwickel ist Hauptverantwortlicher für einen in der Tragweite nicht prognostizierbaren Prozess, da das tarifpolitische Klima weit über den eigenen Organisationsbereich hinaus zerstört wurde.

Zwickel und Bsirske als Vorsitzende der beiden mitgliederstärksten Gewerkschaften ließen die Bündnis-Gespräche mit der Bundesregierung platzen, da der wichtigste Themenkomplex „Tarifpolitik“ aus ihrer Sicht nicht Gegenstand der Zusammenkünfte sein könne. Außerdem wollte man mit dem Brecheisen die Agenda 2010 blockieren. Im Juni war man nun doch wieder zu Gesprächen mit der Politik bereit, da eine vom DGB in Auftrag gegebene Umfrage belegte, dass drei von vier Mitgliedern eine weitere Zuspitzung der Proteste kategorisch ablehnen.

Für den in seiner Höhe unverantwortlichen Abschluss im Öffentlichen Dienst zeichnet ebenfalls Bsirske verantwortlich. Dieser Pyrrhussieg hat zum Austritt Berlins aus der Tarifgemeinschaft der Länder geführt – Baden-Württemberg und Bayern überlegen die gleiche Maßnahme.

Und Bsirske, stellvertretender Aufsichtsratschef bei der Lufthansa, hatte in seiner Funktion als Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im Dezember 2002 zu Streiks gegen den Frankfurter Flughafen aufgerufen, was der Lufthansa Schäden in zweistelliger Millionenhöhe bescherte. Die Aktionäre verweigerten im Juni die Entlastung – eine beispiellose öffentliche Zurechtweisung eines Aufsichtsrats.

Diese wenigen Beispiele zeigen nachvollziehbar, weswegen die Diskussion über die Tarifautonomie jetzt eine besondere Intensität erreicht hat. Es besteht die Gefahr, dass ganz allgemein die Tarifautonomie in Frage gestellt wird.

Modernisierung und Flexibilisierung sind die Instrumente, um die Tarifautonomie zukunftsfähig zu halten. Die Chemie hat dies im letzten Jahrzehnt mit einer großen Zahl von Gestaltungsmöglichkeiten, Öffnungs- und Optionsklauseln gelebt und mit dem Tarifabschluss 2003 weitere wichtige Bestandteile in diesem Sinne vereinbart.

Der Flächentarifvertrag ist jahrzehntelang zurecht wegen seiner Schutz-, Ordnungs- und Friedensfunktionen positiv bewertet worden. Bei einer Verlagerung der Tarifgespräche auf den einzelnen Arbeitgeber gingen diese Vorteile verloren, die Folge wäre eine Atomisierung der Tariflandschaft mit ständigen Auseinandersetzungen auf der betrieblichen Ebene.

Die Tarifautonomie hat aber Zukunft, wenn die Verantwortlichen der IG Metall und von ver.di von ihrem Klassenkampf Abstand nehmen und auf den Kurs der IG BCE einschwenken. Das Flächentarifvertragsnetz muss weiter gelockert, den Betriebsparteien müssen weitere Regelungskompetenzen zur betriebsspezifischen Gestaltung eingeräumt werden.

## Umweltpolitik der EU

---

Drei Gesetzesinitiativen der EU, die sich in der entscheidenden Umsetzungsphase befinden, beschäftigen die chemische Industrie besonders:

Die EU-Kommission hat einen Verordnungsentwurf zu einer neuen europäischen Chemikalienpolitik vorgelegt, der das Anmelde-, Bewertungs- und Zulassungssystem REACH (**R**egistration, **E**valuation and **A**uthorisation of **C**hemicals) regelt. Vorgesehen ist ein bürokratisches neues System der Genehmigung von Chemikalien, das auf einem dreistufigen Modell basiert: Alle Chemikalien einer Jahresproduktion von über 1 to müssen unter Angabe bestimmter stoffbezogener Daten und eines vorläufigen Risk-Assessments durch die Hersteller bei der Behörde registriert werden, bei Stoffen über 100 to bzw. bei einem besonderen Gefahrenpotential ist eine Evaluierung vorgesehen. Besonders gefährliche Stoffe müssen ausdrücklich für bestimmte Hersteller und Verwendungen zugelassen werden. Das Gesetz wird nicht nur für Hersteller von Chemikalien gelten, sondern für alle Weiterverarbeiter. Dazu soll eine neue EU-Agentur eingerichtet werden.

Die EU-Kommission schätzt die direkten Kosten von REACH auf 1,4 bis 7 Mrd. Euro, indirekte Kosten auf 14 bis 26 Mrd. Euro. Unabhängige Studien sehen sehr viel höhere Belastungen – z.B. prognostiziert eine Studie von Arthur D. Little für Deutschland den Verlust von 150.000 bis zu 2,35 Mio. Arbeitsplätzen. Eine Studie in Frankreich zeigt ähnlich gravierende Auswirkungen. Der Verordnungsentwurf (1.200 Seiten) übernimmt Regelungen, die schon in der Vergangenheit versagt haben, zu extremer Bürokratie, massiven zusätzlichen, für den Mittelstand teils ruinösen Kosten und wettbewerbs-schädlichen Zeitverlusten bei Innovationen führen.

Die zu erwartende Richtlinie zum Handel mit Zertifikaten für Treibhausgasemissionen (Emissions-Trading) auf Unternehmensebene stellt die energieintensive chemische Industrie vor große Belastungen – sie erfasst zunächst Energieerzeugungsanlagen über 20 Megawatt, damit auch solche der chemischen Industrie. Durch die Vergabe einer begrenzten Menge an Zertifikaten sollen die Regierungen Industrieanlagenbetreibern eine Obergrenze für einen Jahresausstoß für Kohlendioxid vorgeben. Neben einem umfangreichen, teuren Kontroll-, Beobachtungs- und Berichtssystem kämen noch Zertifikatkosten für zu erweiternde oder neue Produktionsanlagen zum Tragen. Dabei war die bestehende freiwillige Klimaschutzvereinbarung der deutschen Wirtschaft sehr erfolgreich.

Ebenfalls zur Verabschiedung steht die sogenannte EU-Haftungsrichtlinie an. Sie sollte zunächst dazu dienen, die verschiedenen europäischen Regelungen an Standards, wie sie in Deutschland bereits vorhanden waren, anzugleichen. Mittlerweile wurden weitergehende Haftungstatbestände entwickelt, die nach Aussagen der Versicherungswirtschaft nicht abzudecken sind. Der Verband tritt deshalb für eine Beschränkung auf die Ersatzpflicht für reine Ökoschäden unter Verzicht auf zivilrechtliche Schadensersatzregelungen ein und für klare Bestimmungen zum Anwendungsbereich und Umfang der Beseitigungspflichten, um Kalkulierbarkeit zu gewährleisten. Pflichtversicherungen oder Entschädigungsfonds werden abgelehnt.

Durch derartige Richtlinien entfernt sich die EU immer stärker von dem selbst gesetzten Ziel, bis zum Jahre 2010 Europa zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu machen, ein Ziel, das sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel in Lissabon selbst gesetzt hatten.

## Konjunkturelle Lage

---

Der vielbeschworene Konjunkturaufschwung stellte sich auch im Jahr 2002 nicht ein. So war das letzte Jahr erneut schwierig für die chemische Industrie. Die Produktion lag bundesweit zwar um rund 2,5 Prozent über dem Vorjahr, man erreichte damit aber gerade das Produktionsniveau des Jahres 2000. Während im Bundesdurchschnitt zu Beginn 2002 eine leichte Belebung der Konjunktur zu registrieren war, zerschlugen sich die Hoffnungen rasch wieder. Ab April stagnierte deutschlandweit die Produktion, der Umsatz ging um 1 Prozent zurück.

In Bayern lief die Entwicklung nach schwachem Start etwas günstiger, nach einem Umsatzrückgang im ersten Quartal 2002 um 5 Prozent, einem Anstieg im zweiten Quartal um 3,8 Prozent, im dritten Quartal um 5,5 Prozent und im vierten Quartal noch einmal um 4,9 Prozent verbesserte sich das Jahresergebnis insgesamt um 2,1 Prozent. Träger dieser Entwicklung war ausschließlich der Export, während der Inlandsumsatz leicht rückläufig war. Sehr unterschiedlich entwickelten sich wieder die einzelnen Chemiesparten. Während anorganische Grundstoffe um rund 3 Prozent zulegen konnten, verloren organische Grundstoffe 2,1 Prozent, Kunststoffe in Primärformen 2,4 Prozent und Chemiefasern, die nach wie vor einen Produktionsschwerpunkt in Bayern haben, sogar 6,2 Prozent vom Umsatz. Pharmazeutische Spezialitäten, Anstrichmittel, Druckfarben, Duft- und Körperpflegemittel sowie sonstige Erzeugnisse wiesen leichte bis moderate Zuwächse auf, kräftig zulegen konnten Seifen-, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel.

Diese Entwicklung spiegelt den Trend in der Bundesrepublik wider. Auch die Beschäftigungsentwicklung ist vergleichbar. Während in Bayern die Zahl der Mitarbeiter im Jahr 2002 um 1,3 Prozent auf rd. 59.600 zurück ging, sank sie im gleichen Zeitraum in der Bundesrepublik Deutschland auf 442.000 und damit ebenfalls um 1,3 Prozent. Der Rückgang in der gesamten Industrie Bayerns war mit minus 2,7 Prozent deutlich kräftiger, ebenso in der Bundesrepublik mit minus 2,9 Prozent.

Im ersten Quartal 2003 schien sich die in Bayern im Vorjahr begonnene positive Entwicklung zunächst fortzusetzen. Eine statistische Untermauerung durch amtliche Zahlen für diese Annahme fehlt jedoch noch. Über die weitere Entwicklung herrscht deshalb auch in der Branche nach wie vor Unsicherheit. Erste Hinweise aus den Monaten April und Mai lassen keine Anzeichen für eine baldige Erholung erkennen. Die Produktion ist im ersten Quartal 2003 bundesweit leicht gestiegen. Die Exporte stützen nach wie vor das Chemiegeschäft und tragen das schwache Wachstum der ersten Monate. Hier machen sich aufgrund des ungünstigen Euro-/Dollar-Wechselkurses verstärkt gegenläufige Tendenzen bemerkbar, die exportinduzierte beginnende Erholung scheint zum Stillstand gekommen zu sein.

Der Landesverband Bayern des BPI e. V. unter Vorsitz von W. Sassenrath brachte eigene Vorstellungen der Branche in die Politik und in die im Gesundheitswesen engagierten Organisationen ein.

Die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der deutschen Lackindustrie e. V. hat unter Vorsitz von B. Fritzsche die traditionellen Stammtische zu wirtschaftspolitischen und technischen Fragestellungen fortgesetzt und sich u. a. dem Thema „Arbeitssicherheit und Vermeidung von Unfällen in der Lackindustrie“ sowie einem Projekt „Instrumente zur Etablierung kundenindividueller Geschäftsmodelle in der Chargenindustrie“ gewidmet.

## Öffentlichkeitsarbeit

---

Im Arbeitskreis „Öffentlichkeitsarbeit“ unter Leitung von Matthias M. Baltisberger wurde ein PR-Konzept als Grundlage für die Kommunikationsarbeit entwickelt. Das Aktionslogo „Elementar für unsere Zukunft – die Bayerische Chemie“ wird bei Veranstaltungen und Publikationen und auf der Homepage eingesetzt.

Zum 200. Geburtstag von Justus von Liebig, dem Begründer der organischen Chemie, soll breite Aufmerksamkeit für die Branche in ihrer ganzen Vielfalt geweckt werden. Die bayerische Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Monika Hohlmeier, eröffnete am 24.01.2003 das Jahr der Chemie für Bayern im Rahmen der Arbeitstagung zur Bildungsinitiative Chemie in Nürnberg. Auf dieser Arbeitstagung trafen sich Vertreter der Lehrerschaft aus Schule und Hochschule, der Kultus- und anderer Behörden, der Politik und der Wirtschaft sowie der Elternorganisationen. Ziel der Bildungsinitiative Chemie (initiiert von BAVC, VCI, IG BCE und GDCh) ist die Stärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts. Für die Nachwuchsförderung ist es hilfreich, das Interesse an naturwissenschaftlichen Sachverhalten schon möglichst früh zu wecken und zu fördern. Ein entsprechender Antrag wurde in den Bayerischen Landtag eingebracht.

Mit Beginn des neuen Schuljahres 2003/2004 wird an den Gymnasien in den fünften Klassen das Pflichtfach „Natur und Technik“ eingeführt. Der neue Grundschul Lehrplan sieht eine Stärkung naturwissenschaftlicher Inhalte im Heimat- und Sachkundeunterricht vor. Am Gymnasium wird der Chemieunterricht anwendungsorientierter und an den Sprachlichen Gymnasien verdoppelt. Gemeinsam mit der Ludwig-Maximilians-Universität München laden die Chemieverbände Interessierte zu verschiedenen Vorträgen ein.

Auf den dritten Münchner Wissenschaftstagen unter dem Titel „Die Fäden des Lebens – 50 Jahre DNA“ präsentieren die Bayerischen Chemieverbände vom 16. bis 19.07.2003 die Bedeutung der Chemie für Bio- und Gentechnik. Ein zweiter Stand im Berufs- und Studienberatungszentrum informiert Schüler über die vielfältigen Ausbildungsberufe in der Chemie.

Im Jahr der Chemie präsentiert sich die Branche als wichtiger Wirtschaftsfaktor und Schlüsselbranche für Bayern mit einem attraktiv gestalteten Gemeinschaftsstand anlässlich des CSU-Parteitags in Nürnberg.

Unter dem Titel „Lehrerfortbildung Chemie heute: Die chemische Industrie in Bayern“ bekamen Chemielehrkräfte aus Realschulen und Gymnasien in einem einwöchigen Seminar in Burghausen wertvolle Einblicke in die chemische Arbeitswelt.

Mit den „Schülertagen Chemie“ an den bayerischen Universitäten startete eine neue Veranstaltungsreihe. Weitere Termine sind geplant und können immer aktuell dem Internet ([www.die-bayerische-chemie.de](http://www.die-bayerische-chemie.de)) entnommen werden.

Unter dem Titel „HaZweiOh! Erforsche die Welt der Chemie“ findet vom 04.07.2003 bis 01.02.2004 im Jugendmuseum München eine Mitmachausstellung für Kinder und Jugendliche ab 6 Jahren statt, die von den Chemieverbänden unterstützt wird.

Mit der Teilnahme am Landeseminar Chemieolympiade wurden 22 Schülerinnen und Schüler aus Bayern, die sich über die ersten beiden Runden des laufenden Wettbewerbs qualifiziert hatten, für ihren Forscherfleiß belohnt.

## Verbandsaktivitäten

---

Im Umweltpakt Bayern war zwischen Bayerischer Staatsregierung und bayerischer Wirtschaft vereinbart worden, bei der Umsetzung europäischer Vorschriften in nationales Recht darauf zu achten, dass keine zusätzlichen überobligatorischen Regelungen geschaffen werden. In diesem Sinne setzte sich der Landesverband in einer Vielzahl von Gesprächen mit Politikern und Behördenvertretern für eine 1:1-EU-Umsetzung von Umweltrecht in nationales Recht ein. Speziell zu nennen sind hier die Novelle zur 17. Bundesimmissionschutzverordnung, die Novelle zur Gefahrstoffverordnung, Änderungen im Wasserrecht und Abfallrecht. Der Verband engagierte sich verstärkt in Arbeitsgruppen und Gesprächskreisen mit Behördenvertretern für Deregulierung und Entbürokratisierung. Im Umweltpakt abgesprochene Kostensenkungen bei Verfahren im Bereich des Wasserrechts und der Abfallentsorgung werden allerdings derzeit vom Finanzministerium mit Verweis auf die schwierige Finanzlage zurückgewiesen. Der Verband wird hier weiter auf Entlastungen drängen. Auch in die von der Staatsregierung eingesetzte Kommission zur Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung (Henzler-Kommission) hat der Verband seine Vorstellungen zur Deregulierung eingespeist, entsprechende Vorschläge unterbreitet und an die Spitzen der betroffenen Ministerien gerichtet. Klares Ziel ist es, zu einer Halbierung der Verwaltungskosten und des Verwaltungsaufwandes für Wirtschaft und Behörden zu kommen. Zur Information der Mitgliedsfirmen führte der Landesverband wieder verschiedene Informations- und Seminarveranstaltungen durch, so zur neuen Betriebssicherheitsverordnung, zur zukünftigen EU-Chemikalienpolitik, zur neuen TA-Luft sowie ein Seminar zur Verbesserung der Liquidität in mittelständischen Unternehmen. Ferner wurde eine Ausspracheveranstaltung angeboten zum Thema „Emissions-Trading“ sowie ein Erfahrungsaustausch für die OHRIS-Teilnehmer (**O**ccupational **H**ealth and **R**isk Management **S**ystem).

In Richtung hochqualifizierter Nachwuchswissenschaftler zielt ein weiteres Verbandsengagement. Durch Zustiftung zur Lindauer Nobelpreisträgertagung gemeinsam mit dem Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (vbm) können 10 Jahre lang gemeinsam jedes Jahr 20 ausgewählte bayerische sowie 10 ausländische Studenten und junge Wissenschaftler zu dem Lindauer Nobelpreisträgertreffen geschickt werden. Start ist das Nobelpreisträgertreffen 2003, zu dem das Auswahlverfahren bereits durchgeführt und die besten Studenten eingeladen sind.

Einer hohen Nachfrage erfreuen sich nach wie vor die Meistertreffen wie auch die Führungsseminare. Im Berichtszeitraum erfolgten zahlreiche Schulungen und Seminare, so z. B. über die Themenkomplexe „Steuer und sozialversicherungsrechtliche Neuerungen im Personalwesen“, „Arbeitsvertragsmanagement“, „Personalabbau sozialverträglich gestalten“, Betriebsverfassungs-“, Tarifvertrags-“, „Individualarbeitsrecht“ und „Betriebliche Umstrukturierung und Informationspflichten des Arbeitgebers nach § 613 a BGB“. Die Personalleiter-Gespräche wurden fortgeführt, es tagten die Arbeitsgruppen Personalentwicklung, SAP und Führungsnachwuchskräfte im Personalwesen.

Die nicht vollständige Informations-Angebotsliste dokumentiert die Vielfalt der Komplexe, bei denen Information und Erfahrungsaustausch die notwendige Unterstützung der Firmen für ihre Arbeit vor Ort bieten.

## Mobilisierungspflicht: Ausbildungsplätze

---

Ausbildung ist eine Investition in und für die Zukunft. Für die Mehrheit der Jugendlichen ist die Berufsausbildung die Grundlage für dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit. Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist aber besorgniserregend. Das Angebot an Ausbildungsstellen lag im Mai im Vergleich zum Vorjahresmonat um rd. 11 Prozent niedriger, dies bedeutet einen Rückgang von rd. 53.000 Plätzen. Die Nachfrage stieg um ca. 1 Prozent oder 6.500 gemeldete Ausbildungssuchende.

Da nur ein knappes Drittel der Betriebe Deutschlands ausbildet und der Rückgang der Azubi-Platz-Angebote ein Spiegelbild der desolaten wirtschaftlichen Lage in unserem Lande ist, droht die rot-grüne Regierung mit dem Instrumentarium der Ausbildungsplatzabgabe, die kontraproduktiv wirken würde. Durch sie würde für die Unternehmen eine zusätzliche finanzielle und bürokratische Belastung ausgelöst. Schon allein die Ankündigung ist schädlich, da zu befürchten ist, dass viele Betriebe ihr Engagement zu Gunsten von Mitnahmeeffekten erst einmal zurückstellen. Andere Betriebe würden ein Freikaufen von der Ausbildung bevorzugen. Dies ist nicht nur eine theoretische Aussage, sondern basiert auf konkreten Erfahrungen. Die einzige Branche in der Bundesrepublik, die eine tarifvertraglich vereinbarte Ausbildungsumlage hat, ist die Bauwirtschaft. Dort sind allerdings die Lehrstellen, der sinkenden Beschäftigung entsprechend, innerhalb von 5 Jahren von 100.000 auf 44.000 Plätze gesunken – trotz Ausbildungsplatzabgabepflicht. Dies ist der Beweis dafür, dass dieses Instrument keine Basis für die Erweiterung des betrieblichen Ausbildungsangebots darstellt.

Die chemische Industrie hat in ihrem Gesamt-Tarifpaket einen Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ vereinbart, der erstmals in der Bundesrepublik für eine Branche eine Verpflichtung zur Erhöhung der Azubi-Plätze entsprechend der demographischen Entwicklung enthält. Damit dokumentiert die Branche ihr Selbstbekenntnis zur gesellschaftspolitischen Verantwortung in diesem Bereich. Die Tarifvertragsparteien in der Chemie haben in dem 2003er-Abschluss auch ganz klar erneut den Grundsatz bekräftigt, dass Ausbildung vor Übernahme geht.

Eine repräsentative Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), bei der rd. 2.500 Ausbildungsbetriebe zu den Kosten der Ausbildung und zu wichtigen Dimensionen des Ausbildungsnutzens befragt wurden, beweist, dass sich die eigene Berufsausbildung für die Betriebe in hohem Maße auch rechnet. Gut ausgebildetes Personal mit betriebsspezifischem Know-how stellt einen wichtigen Wettbewerbsfaktor dar, entsprechend qualifizierte Mitarbeiter sind in der Lage, flexibel auf kurzfristige Veränderungen oder neue Marktsituationen zu reagieren und Investitionen sowie Innovationen sind mit entsprechend geschultem Personal besser und schneller zu erreichen.

Die Politik hat zwischenzeitlich mit der Aussetzung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) reagiert. Ausbilder für Ausbildungsverhältnisse, die in der Zeit vom 1. August 2003 bis 31. Juli 2008 bestehen oder begründet werden, sind von der Pflicht zum Nachweis von Kenntnissen nach der AEVO befreit. Diese Maßnahme ist zu begrüßen, da hierdurch bürokratische Hemmnisse, insbesondere für bisher nicht ausbildende Betriebe, abgebaut werden. Dies könnte ein Katalysator für mehr Ausbildungsplätze sein. Allerdings bleiben als Hauptursachen für die Zurückhaltung zahlreicher Betriebe beim Ausbildungsstellenangebot die strukturellen und konjunkturellen Probleme.



# Gremien 2001/2003

## **Ehrenmitglieder (VBCI und LV-VCI)**

Ekkehard Maurer, Icking †  
Prof. Dr. Wilhelm Simson, München/Düsseldorf  
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

## **Vorstand (VBCI und LV-VCI)**

Dr. Hans Seidl, Ismaning (Vorsitzender)

Matthias M. Baltisberger, Penzberg	Dipl.-Bw. Meinolf Pousset, Trostberg
Dr. Peter Bekk, Pullach	Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim
Prof. Dr. Utz-Hellmuth Felcht, Trostberg/Düsseldorf	Dr. Peter Umfug, München (seit März 2002)
Assessor Albert Franz, Obernburg	Dr. Peter-Alexander Wacker, München
Dr. Jürgen F. Kammer, München	

## **Gesellschafts- und Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)**

Assessor Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Alfred Bach, München (bis Sept. 2002)	Dr. Hartmut Last, Bobingen
Dipl.-Ing. Günter Bechberger, Burghausen	Dr. Wolfgang Muhs, Pullach (bis April 2002)
Dr. Josef Ertl, Ismaning	Dr. Jürgen Schneider, Nürnberg
Dr. Knut Hartmann, Bobingen/Gersthofen	Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dipl.-Ing. Manfred Hillenbrand, Hallstadt	Volker Woyke, Vohburg/Ingolstadt
Wil Ernst Huth, Starnberg	

## **Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)**

Hubert Friedmann, Penzberg (Vorsitzender)

Dipl.-Bw. Paul Altmann, Schwandorf	Assessorin Gabriele Kutz-Wenzel, Pullach
Fritz Berger, Schweinfurt (bis Juni 2002)	Heinz Löhr, Vohburg
Dr. Klaus Blum, München (bis Januar 2002)	Ludger Markmann, Neu-Ulm
Hans-Peter Dangl, Bobingen	Volker Mletzke, München
Jens Drückhammer, Töging (bis Mai 2003)	Jochen Müller, Hallstadt
Volker Folwill, Neustadt	Dipl.-Oec. Wolf Ottmann, Höllriegelskreuth
Reinhard Franetzki, Gersthofen	Dr. Bert Raeymaekers, Burgkirchen
Dipl.-Wirtschaftsing. Joachim Fütterer, Obernburg	Dipl.-Päd. Josef Reil, Burgkirchen
Dr. Guy Gansfort, Ismaning	Stephan Roth, München (bis Juni 2002)
Michael Hampel, Unterschleißheim	Michael Schaffer, München (bis Feb. 2003)
Ronald Hönsch, Trostberg (bis Dez. 2002)	Prof. Dr. Karlheinz Schüssler, München
Hanspeter Hollender, Lindau	Dipl.-Bw. Dieter Tausend, Peißenberg (bis Feb. 2003)
Karola Japke, Bobingen	Bernd Theile, Erlangen
Heribert Kahlert, Nürnberg	Hans-Joachim Vinzent, Waldkraiburg
Assessor Hermann Kahlich, München/Poing	Assessor Walter Vogg, München
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl	Assessor Gerd Winnefeld, Burghausen
Dipl.-Oec. Peter Knoll, Fürth	Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München
Assessor Hanno Krause, Burghausen (bis Jan. 2003)	

## **Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)**

Dr. Günter von Au, München	Dr.-Ing. Siegfried Sattelberger, Nürnberg
Alfred Bach, München (bis Sept. 2002)	Dr. Wolfgang Schnell, München
Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Wolfgang Schumann, Geretsried
Dr. Josef Ertl, Ismaning	Dr. Peter Sckuhr, Burgkirchen
Dr. Walter Fritsch, Burghausen (bis Sept. 2002)	Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Dipl.-Kfm. Alfred Höf, München	Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dr. Bernhard Hofmann, Trostberg (bis Nov. 2002)	Ralph Uwe Westhoff, Waldkraiburg
Peter Kurz, Fürth	Dipl.-Kfm. Gerhard Witzany, Schwandorf
Dr. Michael Rosenthal, Unterschleißheim	Volker Woyke, Vohburg (bis April 2003)
	Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Zippel, Ismaning

## **Beirat (LV-VCI)**

Dr. Matthias Bühler, Illertissen  
Dr. Walter Fritsch, Burghausen  
(bis Sept. 2002)  
Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach  
Dr. Knut Hartmann, Bobingen/Gersthofen  
Dr. Peter Heinrich, Martinsried  
Dipl.-Ing. Manfred Hoffmann, Neuburg  
Dr. Hans-Ullrich Hoppe,  
Freising-Weißenstephan  
Dr. Hartmut Last, Bobingen

Franz Miller, Augsburg  
Dr. Wolfgang Muhs, Pullach (bis April 2002)  
Dr. Germán Paul, München (bis Juni 2002)  
Dr. Robert Römer, Burghausen (bis Sept. 2002)  
Dr. Peter Sckuhr, Burgkirchen  
Dr. Wilhelm Sittenthaler, München  
Dr. Theodor Sproll, Nürnberg (bis Nov. 2001)  
Ulf Stadler, Geretsried  
Dr. Rudolf Staudigl, München

## **Ältestenrat (VBCI)**

Ekkehard Maurer, Icking (Vorsitzender) †

Dr. Hans Baur, München  
Dr. Friedhelm Finke, Icking  
Dr. Helmut Gruber, Burghausen  
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus  
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Pullach  
Dr. Werner Kalb, München  
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß  
Senator h.c. Günther Klinge, Grünwald  
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg

Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg  
Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Walherberg  
Dr. Walter Ringer, Lenggries  
Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking  
Dr.-Ing. Heinrich Schubert, Augsburg  
Dr. Albert Thalhofer, Neusäß  
Dr. Karl Wamsler, Pöcking  
Dr. Günter Weiland, München

## **Arbeitskreis / Vorsitz**

### **Berufsausbildung (VBCI)**

Dr. Michael Wieser, Burghausen

### **Umweltfragen (LV-VCI)**

Dr. Horst Kutzer, Burghausen (bis Feb. 2003)  
Dr. Willi Kleine (ab März 2003)

### **Energiepolitik (LV-VCI)**

Volker Woyke, Vohburg (bis April 2002)  
Dr. Peter Sckuhr, Burgkirchen (ab April 2002)

### **Öffentlichkeitsarbeit (LV-VCI)** Matthias M. Baltisberger, Penzberg

### **Forschung – Bio- und Gentechnik, Katalyse (LV-VCI)** Dr. Winfried Kolbeck, München

## **Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern**

Vorsitz: Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim

## **Verband der Lackindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern**

Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach

## **Geschäftsführung (VBCI und LV-VCI)**

Hauptgeschäftsführer: Dr. jur. Peter Umfug

### Geschäftsführer (VBCI):

Assessor Helmut Köhnlein (bis Dez. 2001)  
Assessor Stefan Mößner (seit April 2002)  
Franz Xaver Völkl

### Referenten (VBCI):

Assessor Peter Fürnthaler  
Assessorin Christiane Hönig-Achhammer  
Assessor Holger Kaiser  
Robert Schuder

### Geschäftsführer (LV-VCI):

Dr. rer. nat. Josef L. Geller